
02.07.2008

Nummer 17

INHALT	SEITE
<u>Satzung des Jugendamtes</u>	170
<u>Baugesetzbuch (BauGB):</u>	
- Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Passau, 81. Änderung	174
- Bebauungsplan „GE Patraching West“, Gemarkung Hacklberg, 1. Änderung	174
- Bebauungsplan „GE – GI Patraching – Ost“, Gemarkung Hacklberg, 4. Änderung	175
- Satzung der Stadt Passau vom 10. Juli 2006 über die Veränderungssperre in der Gemarkung Haidenhof für den Bereich südlich der Regensburger Straße, westlich der Stelzhamer Straße, östlich des Elektronikmarktes („Media-Markt“) und nördlich des Bahngeländes (Bebauungsplan „Auerbach“)	176

- Aufgrund von Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 08.12.2006 (GVBl. 26/2006, Seite 942), in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. 1998, Seite 796) erlässt die Stadt Passau folgende

Satzung

§1 Bezeichnung, Aufgaben und Gliederung des Jugendamtes

1. Das Jugendamt führt die Bezeichnung „Stadt Passau, Amt für Kinder, Jugend und Familie“.
2. Dem Jugendamt obliegen
 - die ihm nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und dem Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) zugewiesenen Aufgaben,
 - die ihm nach anderen Rechtsvorschriften zugewiesenen Aufgaben.
3. Die Aufgaben des Jugendamtes werden durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamts wahrgenommen (§ 70 Abs. 1 SGB VIII).

§2 Verwaltung des Jugendamts

1. Die Verwaltung des Jugendamts ist eine Dienststelle der Stadtverwaltung Passau.
2. Die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Jugendamts werden im Auftrag des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin von dem dafür bestellten Leiter bzw. der Leiterin der Verwaltung des Jugendamts (Jugendamtsleiter bzw. Jugendamtsleiterin) geführt.
3. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung des Jugendamts gehören alle Verwaltungsgeschäfte, die regelmäßig oder wiederholt anfallen und nach vorgegebenen Regelungen und Grundsätzen zu behandeln sind, sofern ihnen nicht aufgrund ihrer politischen, finanziellen oder strukturellen Auswirkungen eine grundsätzliche Bedeutung zukommt.
4. Die Verwaltung des Jugendamts unterstützt den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses bei der Vorbereitung der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses und bei der Fertigung der Sitzungsniederschriften.

§3 Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

1. Dem Jugendhilfeausschuss gehören 15 stimmberechtigte und 12 beratende Mitglieder an. Die Zahl der beratenden Mitglieder vermindert sich um die Zahl eins, wenn der bzw. die Vorsitzende des Stadtjugendrings dem Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigtes Mitglied angehört.
2. Die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind:
 - der bzw. die Vorsitzende (Art. 17 Abs. 3 Satz 3 AGSG),
 - sechs Mitglieder des Stadtrats (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 2. Alternative SGB VIII),
 - zwei vom Stadtrat gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 2. Alternative SGB VIII),
 - sechs auf Vorschlag der im Stadtgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vom Stadtrat gewählte Frauen und Männer (§ 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII).

3. Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss neben den in Art. 19 Abs. 1 Nrn. 1 bis 8 AGSG genannten Mitgliedern nach Art. 19 Abs. 1 Nr. 9 AGSG je ein Vertreter oder eine Vertreterin
 - der katholischen Kirche,
 - der evangelisch-lutherischen Kirche an.
4. Zusätzlich zu den in Art. 19 AGSG benannten beratenden Mitgliedern gehören dem Jugendhilfeausschuss
 - der für die Verwaltung des Jugendamtes zuständige Referatsleiter und
 - ein Vertreter bzw. eine Vertreterin aus dem Jugendbeirat an; sofern ein Jugendbeirat nicht gewählt ist, entscheidet der Jugendhilfeausschuss über die Vergabe des Mandats.

§4 Wahl und Bestellung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

1. Die dem Stadtrat angehörenden stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden durch Beschluss des Stadtrats bestellt. Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder werden nach Art. 51 Abs. 3 GO gewählt. Abweichend von Art. 51 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO erfolgt die Wahl in offener Abstimmung (Art. 17 Abs. 2 Satz 3 AGSG).
2. Vorschläge für die Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 dieser Satzung werden von den im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen abgegeben. Wahlvorschläge für die stimmberechtigten Mitglieder nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 dieser Satzung können von jedem Mitglied des Stadtrats abgegeben werden. Wahlvorschläge für die stimmberechtigten Mitglieder nach § 3 Abs. 2 Nr. 4 dieser Satzung können nur durch die im Stadtgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, insbesondere die Jugendverbände und Wohlfahrtsverbände, abgegeben werden. Bei den Wahlvorschlägen und dem Wahlgang soll auf eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen und Männern hingewirkt werden (Art. 18 Abs. 2 Satz 1 AGSG).
3. Für stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
4. Die beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Art. 19 Abs. 1 AGSG) und ihre Stellvertreter beziehungsweise Stellvertreterinnen werden durch Beschluss des Stadtrats bestellt.

§5 Aufgaben des Jugendhilfeausschusses

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt über Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der dafür im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel und der vom Stadtrat gefassten Beschlüsse (§ 71 Abs. 3 S. 1 SGB VIII).
2. Der Jugendhilfeausschuss soll vor jeder Beschlussfassung des Stadtrats in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er soll ferner Stellung nehmen vor Entscheidungen des Stadtrats und anderer beschließender Ausschüsse, die für die Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien und/oder für die Schaffung und Erhaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt von Bedeutung sind. Vor der Berufung des Jugendamtsleiters bzw. der Jugendamtsleiterin ist der Jugendhilfeausschuss zu hören.
3. Der Jugendhilfeausschuss hat das Recht, an den Stadtrat Anträge zu stellen (§ 71 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII)

4. Der Jugendhilfeausschuss nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
- Entwicklung von Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Stadtgebiet und für die Vernetzung und koordinierte Zusammenarbeit der bestehenden Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen,
 - Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie Entwicklung von Problemlösungen,
 - Entwicklung von Konzepten zur Erhaltung oder Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt,
 - Entwicklung und laufende Fortschreibung der örtlichen Jugendhilfeplanung; Vorbereitung der Beschlussfassung über die örtliche Jugendhilfeplanung durch den Stadtrat,
 - Vorberatung des Abschnitts „Jugendhilfe“ des Haushaltsplans,
 - Förderung der Träger der freien Jugendhilfe; der Jugendhilfeausschuss kann hierfür Fördergrundsätze oder -richtlinien beschließen,
 - Beschlussfassung über die öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe im Stadtgebiet nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit Art. 33 Abs. 1 Nr. 1 AGSG; der Jugendhilfeausschuss kann hierfür Anerkennungsgrundsätze oder -richtlinien beschließen,
 - Erlass einer Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss.

§ 6 Sitzungen, Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeit

1. Den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss führt der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin; er bzw. sie bestimmt ein Mitglied des Stadtrats, das im Verhinderungsfall die Vertretung übernimmt. Abweichend von Satz 1 kann der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin ein Mitglied des Stadtrats zum bzw. zur Vorsitzenden bestimmen; gleichzeitig bestimmt er bzw. sie ein Mitglied des Stadtrats für die Stellvertretung.
2. Der Jugendhilfeausschuss tritt nach Bedarf zusammen. Er muss einberufen werden, wenn dies ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich unter Angabe von Gründen und des Beratungsgegenstands bei dem bzw. der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses oder bei der Verwaltung des Jugendamts beantragt. Die Sitzung soll innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Antrags stattfinden.
3. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
4. Die stimmberechtigten Mitglieder sind bei der Stimmabgabe an Weisungen und Aufträge nicht gebunden (Art. 20 Satz 2 AGSG).
5. Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen (§ 71 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII). Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
6. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses.

§7 Form der Beschlussfassung

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses werden in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

§8 Jugendhilfeplanung

1. Die Entscheidung über die örtliche Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII obliegt dem Stadtrat. Zur Vorbereitung dieser Beschlussfassung hat der Jugendhilfeausschuss
 - den Bestand an Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe im Stadtgebiet festzustellen,
 - den Bedarf an Einrichtungen und Diensten unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten im Stadtgebiet für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln,
 - die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen und Prioritäten für die Verwirklichung zu entwickeln.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird von der Verwaltung des Jugendamts unterstützt; er arbeitet mit den im Stadtgebiet wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe partnerschaftlich zusammen.
3. An der Jugendhilfeplanung sind die im Stadtgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und ihrer Zusammenschlüsse, auch wenn sie nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, in allen Phasen der Planung zu beteiligen: Von einer Beteiligung einzelner Träger kann abgesehen werden, wenn deren Interessen erkennbar nicht betroffen sind oder von einem Verband, dem der Träger angehört, mit vertreten werden. Die Beteiligung beginnt spätestens mit der Erörterung der Ziele und Inhalte der Planung sowie des Verfahrens. Die in Satz 1 genannten Träger sollen regelmäßig über den Fortschritt der Planung und die jeweilige Beschlusslage unterrichtet werden. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, schriftliche Stellungnahmen abzugeben und an wichtigen Erörterungen des Jugendhilfeausschusses teilzunehmen.
4. Im Stadtgebiet wirkende, nicht anerkannte Träger der freien Jugendhilfe können an der Planung beteiligt werden. Über die Beteiligung und deren Form und Umfang entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

§9 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Passau in Kraft.
2. Zugleich tritt die Satzung für das Jugendamt der Stadt Passau vom 05.03.1997 in der Fassung der Änderung vom 02.04.1998 außer Kraft.

Passau, den 26.06.2008

STADT PASSAU
Jürgen Dupper
Oberbürgermeister

■ **Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Passau, 81. Änderung
und im Parallelverfahren
Bebauungsplan „GE Patraching West“, Gemarkung Hacklberg,
1. Änderung**

Bekanntmachung der öffentlichen Planauslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Passau hat in seiner Sitzung am 26.06.2008 die o.a. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die 1. Änderung des Bebauungsplanes „GE Patraching West“, Gmkg. Hacklberg, gebilligt.

Mit diesen Änderungen soll insbesondere der bestehende Parkplatz der ZF Passau GmbH westlich der Tittlinger Straße um ca. 500 Stellplätze erweitert werden. Daneben werden die Gewerbeflächen der beiden bestehenden, südwestlich von diesem Parkplatz liegenden Betriebe nach Norden hin erweitert.

Die Ausgleichsflächen für diese Maßnahmen befinden sich z.T. im nordwestlichen Anschluss an die Parkplatzerweiterung und z.T. östlich der ZF-Werkshalle.

Die o.a. Pläne mit Begründung, einschließlich dem Umweltbericht hierzu, sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, liegen vom **11. Juli 2008** bis einschließlich **11. August 2008** während der Dienststunden vor dem Zimmer 206 des Neuen Rathauses, II. Etage, Rathausplatz 3, öffentlich aus.

Während dieser Zeit können Anregungen bzw. Stellungnahmen von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Nach der Auslegungsfrist eingegangene Anregungen bzw. Stellungnahmen können evtl. nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag zur Einleitung einer Normenkontrolle nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Passau, den 27. Juni 2008

STADT PASSAU
Jürgen Dupper
Oberbürgermeister

■ **Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Bebauungsplan „GE – GI Patraching – Ost“, Gemarkung Hacklberg,
4. Änderung**

Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Passau hat in seiner Sitzung am 26.06.2008 die 4. Änderung des Bebauungsplanes „GE – GI Patraching – Ost“, Gmkg. Hacklberg, beschlossen.

Mit diesem Bebauungsplan werden die restlichen Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen für die Parkplatzerweiterung der ZF Passau GmbH sowie die Erweiterungen der Gewerbeflächen daran angrenzender Betriebe (Bebauungsplan „GE Patraching West“, 1. Änderung) gesichert. Der Ausgleich östlich der ZF Werks-halle erfolgt im wesentlichen durch einen Waldumbau des Fichtenbestandes in einen Laubmischwald.

Die Änderung dieses Bebauungsplanes erfolgt gem. § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durch-führung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Der Bebauungsplan liegt vom **11. Juli 2008** bis einschließlich **11. August 2008** während der Dienst-stunden vor dem Zimmer 206 des Neuen Rathauses, II. Etage, Rathausplatz 3, zur Einsichtnahme aus.

Während dieser Zeit können Anregungen bzw. Stellungnahmen von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Nach der Auslegungsfrist eingegangene Anregungen bzw. Stellungnahmen können evtl. nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag zur Einleitung einer Normenkontrolle nach § 47 Verwaltungs-gerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Passau, den 27. Juni 2008

STADT PASSAU
Jürgen Dupper
Oberbürgermeister

- **Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);**
Satzung der Stadt Passau vom 10. Juli 2006 über die Veränderungssperre in der Gemarkung Haidenhof für den Bereich südlich der Regensburger Straße, westlich der Stelzhamer Straße, östlich des Elektronikmarktes („Media-Markt“) und nördlich des Bahngeländes (Bebauungsplan „Auerbach“)
(Abgedruckt im Amtsblatt der Stadt Passau vom 26.07.2006)

Bekanntmachung der Verlängerung der Veränderungssperre gem. § 17 Abs. 1 BauGB

Der Stadtrat der Stadt Passau hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 beschlossen, die Geltungsdauer der o.a. Veränderungssperre um ein Jahr zu verlängern.

Diese Veränderungssperre dient zur Sicherung des sich derzeit in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes „Auerbach“, Gmkg. Haidenhof.

Passau, den 27. Juni 2008

STADT PASSAU
Jürgen Dupper
Oberbürgermeister